

# **Koalitionsvereinbarung**

zwischen

dem SPD-Kreisverband Jena

und

dem CDU-Kreisverband Jena

und

dem Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Jena

Jena, 27. Oktober 2009

# Inhalt

Einleitung.....	2
1. Haushalt, Finanzen und Beteiligungen .....	3
a) Steuern.....	3
b) Entschuldung .....	3
c) Weiterentwicklung Bürgerbeteiligungs-Haushalt (BBH) .....	3
d) Beteiligungen und städtische Unternehmen .....	4
2. Stadtentwicklung, Wirtschaft und Investitionen.....	4
a) Ansiedlungen, Wirtschaftsförderung .....	4
b) Innenstadt .....	4
Inselplatz .....	5
Eichplatz .....	5
Verkehr .....	5
c) Erholungsflächen und Naturschutz .....	5
Erlebbarkeit der Saale .....	5
Naturerlebniszentrum .....	6
Naturschutzflächen.....	6
d) Straßensanierung und Radwegebau .....	6
3. Wohnen.....	7
4. Familie und Soziales.....	7
a) Soziale Leistungen.....	7
b) Integration von Menschen mit Behinderung.....	8
c) Familienbüro.....	8
d) Internationales Servicebüro .....	8
5. Kultur.....	8
a) Zuschuss an JenaKultur.....	9
b) Kunsthalle .....	9
c) Konzept zur Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit.....	9
6. Bildung .....	9
7. Sport .....	10
a) Fußball-Stadion.....	10
b) Sporthallen und Schulsport.....	10
8. Energie.....	10
9. Mobilität.....	12
a) Carsharing.....	12
b) Verkehrsverbund .....	12
c) Radverkehr.....	12

## Einleitung

SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich entschlossen, für die Stadtratsperiode von 2009 bis 2014 in einer Koalition zusammenzuarbeiten. Sie wollen so dafür sorgen, dass Politik in Jena in den kommenden fünf Jahren auf der Grundlage einer zuverlässigen Mehrheit im Stadtrat berechenbar und verlässlich, geprägt von Sachlichkeit, Ehrlichkeit und Verantwortungsbewusstsein, gestaltet werden kann. Wir stehen dafür ein, dass eine Politik für die Bürger und ihre Stadt Vorrang hat vor der Auseinandersetzung zwischen Personen und Fraktionen.

Unsere gemeinsamen Ziele sind:

- Familienfreundlichkeit und hohe Attraktivität als Stadt für Studierende, Wissenschaftler, Fachkräfte und Wirtschaftsunternehmen, damit alle Bürger in einer prosperierenden Stadt Arbeit und soziale Sicherheit haben können: wir werden sowohl die wirtschaftliche als auch die soziale Infrastruktur der Stadt weiterentwickeln;
- Investitionen in Bildung und Kultur, in den Umwelt-, Natur- und Klimaschutz ebenso wie in eine zukunftsfähige, bürgerfreundliche Stadtstruktur und eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur, worin Öffentlicher Personen-Nahverkehr und Radverkehr eine wichtige Rolle spielen;

und – als Voraussetzung dafür –

- Fortführung einer Politik der soliden Finanzen, Konsolidierung des Haushalts und Schuldenabbau. Sparen ist dabei nicht Selbstzweck, sondern muss helfen neue und wachsende Spielräume für die Aufgaben der Stadt zu schaffen. Gerade für die Verabschiedung der kommenden Haushaltssatzungen ist ein besonderes Augenmaß erforderlich in der Abwägung zwischen Konsolidierung und dem Einsatz der finanziellen Mittel.

Die Koalition steht für die demokratischen Werte der politischen Pluralität, der individuellen Freiheit und des Dialogs zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung, religiöser Bekenntnisse und ethnischer Abstammungen sowie zur Verantwortung als Kommune in der Einen Welt.

Dabei sind alle zur Mitarbeit eingeladen, keine Partei und keine gute Absicht wird ausgegrenzt von unserer Zusammenarbeit, die sich vorrangig als ein Versprechen versteht, Konflikte in der Sache und um der Sache willen offen und auf ein Ergebnis für Jena hin orientiert zu lösen. Dem Oberbürgermeister und seiner Verwaltung werden wir damit ein kritisches, gesprächsoffenes und im Ergebnis verlässliches Gegenüber im Stadtrat bieten, wie es nach den Erfahrungen der abgelaufenen Periode – auch im Urteil der Bürger – für die gemeinsame Arbeit für Jena wünschenswert und notwendig ist.

## **1. Haushalt, Finanzen und Beteiligungen**

### ***a) Steuern***

Die Parteien vereinbaren stabile und planbare Hebesätze für Grund und Gewerbesteuern. Hebesätze werden nur dann und höchstens in dem Umfang und solange angehoben, wenn nachhaltige Einnahmeausfälle, die trotz intensiver Sparmaßnahmen nicht ausgeglichen werden können, dies erforderlich machen.

### ***b) Entschuldung***

Die Parteien halten an dem vom Stadtrat beschlossenen Ziel fest, die Stadt in zehn bis 15 Jahren zu entschulden.

Innerhalb der Legislatur wird eine Netto-Entschuldung von mindestens 20 Mio. Euro angestrebt.

Für die Koalitionspartner hat das Thema Entschuldung Priorität. Insofern stehen alle nachfolgend genannten Maßnahmen und Projekte unter einem allgemeinen Haushaltsvorbehalt.

### ***c) Weiterentwicklung Bürgerbeteiligungs-Haushalt (BBH)***

Für die Koalition sind Bürgerbeteiligungsinstrumente integraler Bestandteil der Kommunalpolitik. Die Koalition verpflichtet sich zur Weiterentwicklung des Bürgerhaushalts sowie weiterer Bürgerbeteiligungsinstrumente (Beispiel Spielplatzplanung

unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen). Der BBH wird politisch, finanziell und administrativ voll unterstützt. Für 2010 werden ein Terminfahrplan und die Zuständigkeiten festgelegt.

#### ***d) Beteiligungen und städtische Unternehmen***

Die politische Kontrolle der unternehmerischen Aktivitäten der Stadt, insbesondere von Beteiligungen und städtischen Unternehmen, ist der Koalition ein Anliegen. Hierzu wird im neu benannten „Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Beteiligungen“ ein Unterausschuss „Beteiligungen und städtische Unternehmen“ eingerichtet.

## **2. Stadtentwicklung, Wirtschaft und Investitionen**

#### ***a) Ansiedlungen, Wirtschaftsförderung***

Die Koalition steht für eine aktive Ansiedlungspolitik für Wirtschaft und Forschungseinrichtungen. Sämtliche Vermarktungsaktivitäten sind in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu konzentrieren.

Sie fördert die Entwicklung eines weiteren Standortes für das Technologie- und Innovationspark (TIP).

Die Koalition setzt sich für die Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen aus Jena ein. Tariftreue und eine angemessene Ausbildungsquote werden als Vergabekriterien für öffentliche Aufträge und in städtischen Unternehmen festgelegt.

#### ***b) Innenstadt***

Die Entwicklung der beiden großen, verbliebenen Brachflächen Eichplatz und Inselplatz in der Innenstadt wird von der Koalition als ein Hauptanliegen der Stadtentwicklung in der kommenden Stadtratsperiode angesehen. Eingebunden hierin müssen Konzepte für die Erlebbarkeit und Verkehrsberuhigung in diesem Gebiet entwickelt und umgesetzt werden. Unser Ziel ist eine lebendige, bewohnte und für die Bürger attraktive Innenstadt.

## Inselplatz

Die Koalition verbürgt sich dafür, dass der Prozess zur Entwicklung des Inselplatzes zügig vorangetrieben wird. Dazu wird die Rahmenplanung als Grundlage für die europaweite Ausschreibung noch in diesem Jahr entsprechend der Beschlusslage des Stadtrates zum Abschluss gebracht. Die darauf gründende Investorensuche soll keine Möglichkeit einer nachhaltigen und mit den Zielen der Entwicklung des Areals übereinstimmenden Nutzung ausschließen, wenn planerische, architektonische und wirtschaftliche Qualität gesichert sind.

## Eichplatz

Nach wie vor herrscht kein Baurecht für den Eichplatz. Der vorliegende B-Plan wurde noch nicht bestätigt und wird gerade vom Dezernat 3 überarbeitet. Damit ergibt sich die Notwendigkeit und Chance, die Konzepte nochmals grundlegend auf Tauglichkeit und Umsetzbarkeit zu überprüfen. Dabei soll einer bewohnten und belebten Innenstadt verstärkt Rechnung getragen werden; kleinteilige Wohnquartierbebauung, attraktiver Einzelhandel und urbane Qualität mit Grünflächen sollen dazu beitragen. Dies wird ein wichtiger Schwerpunkt der Stadtentwicklung für die Stadtratsperiode sein.

## Verkehr

Ein schlüssiges Konzept für eine wirksame Verkehrsberuhigung und eine effektive Verkehrsführung in der Innenstadt wird erarbeitet. Der Löbdergraben zwischen Rotem Turm und Lutherplatz wird für den motorisierten Individualverkehr verkehrsberuhigt.

Am Eichplatz werden die für die Bebauung erforderlichen Stellplätze geschaffen.

Der Wegfall von öffentlichem Parkraum auf Eich- und Inselplatz durch eine Bebauung wird vorrangig auf dem Inselplatz kompensiert.

## ***c) Erholungsflächen und Naturschutz***

### Erlebbarkeit der Saale

Die städtebauliche Entwicklung im Hochbaubereich bedarf parallel der Entwicklung der Grünzonen. Die Koalition wird das Vorhaben „Erlebbarkeit der Saale“ mit hohem

Nachdruck weiter verfolgen. Dem Anliegen des Naturschutzes wird Rechnung getragen.

### Naturerlebniszentrum

Das von KSJ vorgestellte Projekt Naturerlebniszentrums am ehemaligen Schottplatz wird mit Nachdruck verfolgt. Es soll durch möglichst umfängliche Einwerbung von Drittmitteln unterstützt werden.

### Naturschutzflächen

Die Idee einer kommunalen Stiftung zur Erhaltung und Bewirtschaftung der städtischen Naturschutzflächen – insbesondere der Flächen des Naturschutzgroßprojektes Muschelkalkhänge – wird untersetzt und für eine Entscheidung vorbereitet. Es ist angedacht, das Naturerlebniszentrum in diesen Rahmen einzubinden.

### ***d) Straßensanierung und Radwegebau***

Die Straßenverkehrsinfrastruktur ist zukünftig mit einem angemessenen Budget unter Berücksichtigung der im Rahmen der betriebswirtschaftlichen Bestandserfassung ermittelten Instandhaltungs- und Abschreibungsbedarfe auszustatten. Der aktuelle Sanierungsstandard erlaubt dabei, Umfang und Zeitrahmen der Sanierung mit Rücksicht auf eine tragbare Belastung von Bürgern und Wirtschaft zu bestimmen.

Die Ausnutzung der höheren Flexibilität einer Eigenbetriebslösung wird ausdrücklich angestrebt. Dazu werden Verwaltung und Bewirtschaftung der Verkehrsweginfrastruktur an den Eigenbetrieb KSJ übertragen. Verkehrsentwicklungsplanung, Verkehrsplanung und Nahverkehrsplanung werden in den FB Stadtplanung integriert. Zwischen Stadt und Eigenbetrieb wird ein klares Auftraggeber-/Auftragnehmeverhältnis hergestellt.

Für die Radverkehrsinfrastruktur wird eine mittelfristige Investitionsplanung zum Haushalt 2010 und ein Planungsvorlauf von mindestens drei Jahren erstellt. Zehn Prozent des Gesamtbudgets für Straßensanierung und Radwegebau sind der Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr vorbehalten.

### **3. Wohnen**

Die Koalition sieht Wohnungspolitik als ein wichtiges politisches Handlungsfeld der kommenden Legislatur. Jena muss für alle Bürger bezahlbaren und hochwertigen Wohnraum bieten. Dabei stehen die Verbesserung der Wohnsituation für Studenten, junge Wissenschaftler und Familien, eine ausreichende Bereitstellung barrierefreier Wohnungen sowie das Angebot an sozialgebundenem Wohnraum, sozial betreutem und altersgerechtem Wohnen im gesamten Stadtgebiet im Vordergrund.

Mit besonderem Schwerpunkt auf dem Bedarf dieser Gruppen sollen in einem zweistufigen Prozess zunächst Entscheidungsgrundlagen erarbeitet und dann im zweiten Schritt Maßnahmen und Instrumente zur Erfüllung der so ermittelten Anforderungen definiert und verbindlich gemacht werden.

Das potentielle Baugebiet am Hausberg soll zügig entwickelt werden, um dort weitere, attraktive Wohnbauflächen in Innenstadtnähe zu schaffen.

Eine wirkungsvolle Kommunikation der wohnungspolitischen Ziele des Stadtrats ist für dieses Ziel unerlässlich. Für das städtische Unternehmen Jenawohnen soll sie durch Stärkung des Beirates erreicht werden; alle Fraktionen sollen künftig in diesem Beirat vertreten sein. Darüber hinaus soll ein Runder Tisch zur Wohnungspolitik mit den wichtigen Akteuren der Wohnungswirtschaft eingerichtet werden.

### **4. Familie und Soziales**

#### ***a) Soziale Leistungen***

Die Koalition betrachtet die soziale Infrastruktur der Stadt Jena als Errungenschaft. Dazu gehören Leistungen wie sozial gestaffelte Kitagebühren, der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für Berufstätige ab dem ersten Lebensjahr und der Jenapass. Um diese Infrastruktur auf Dauer zu erhalten, befürworten die Koalitionsfraktionen deren zielgerichtete und bedarfsorientierte Weiterentwicklung. Auf der Grundlage des Sozialberichts und der Kinder- und Jugendstudien für die Stadt Jena sorgen wir dafür, dass insbesondere für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche ein stärkerer Nachteilsausgleich durch ziel- bzw. stadtteilorientierte Angebote erreicht



wird. Die zusätzlichen Leistungen, die auf den Mehreinnahmen der vergangenen Jahre beruhen sollen auf Wirksamkeit, Notwendigkeit und Finanzierbarkeit geprüft werden. Dabei wird der Sozialdezernent eine Übersicht über die Maßnahmen und eine Einschätzung vorlegen. Eine Arbeitsgruppe prüft bei fachlich positiver Bewertung Möglichkeiten zu deren Fortführung. In der Koalition wird jeweils eine gemeinsame Bewertung und Entscheidung erarbeitet.

### ***b) Integration von Menschen mit Behinderung***

Die kommunale Bildungs- und Sozialpolitik orientiert sich an der neuen UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

### ***c) Familienbüro***

Als Serviceeinrichtung wird im Zusammenhang mit dem Neubau Am Anger ein Familienbüro eingerichtet. Dort werden unter anderem alle organisatorischen und finanziellen Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Geburt eines Kindes und seiner Betreuung gebündelt.

### ***d) Internationales Servicebüro***

Das Serviceangebot der Verwaltung für ausländische Mitbürger wird erweitert. Speziell für ausländische Wissenschaftler und Fachkräfte die für den Standort Jena lebenswichtig sind, soll es das Angebot einer Servicestelle für den Berufsstart in Jena geben.

## **5. Kultur**

Die Koalition wird den derzeitig laufenden Prozess der Erarbeitung eines Kulturkonzeptes konstruktiv begleiten und ihn möglichst bis Jahresende 2009 zu einem Ergebnis führen. Sie fördert den beschrittenen Weg einer offenen und öffentlichen Debatte zu seiner Erarbeitung und zu seiner weiteren Fortschreibung. Die dabei entwickelten Leitlinien und konkreten Anregungen und Vorschläge sollen die kulturpolitische Basis der kommenden Jahre bilden.

### **a) Zuschuss an JenaKultur**

Die finanzielle Untersetzung der Arbeit von KMJ soll nach dem Willen der Koalition über die Laufzeit der Zuschussvereinbarung im Umfang verstetigt werden.

In Ergebnis des Kulturkonzeptes wird die Zuschussvereinbarung mit Jenakultur überarbeitet und das Zuschussbudget an die vorgesehen Aufgaben von Jenakultur angepasst.

Der Kulturförderfond wird mindestens in bisheriger Höhe fortgeführt.

### **b) Kunsthalle**

In Erfüllung des Stadtratsbeschlusses zur Kunsthalle ist im Dezember 2009 ein Konzept betreffs Standort, Bauzeiten- und Finanzierungsplan, inhaltliches Betreuungskonzept und laufende Finanzierung vorzulegen. Von den untersuchten Varianten wird eine ausgewählt, die weiter bearbeitet und so profiliert wird, dass Ende 2010 eine abschließende Entscheidung gefasst werden kann. Der Baubeginn wird innerhalb der Legislaturperiode angestrebt.

### **c) Konzept zur Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit**

Das Konzept zur Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit wird im Sinne des Beschlusses des Kulturausschusses umgesetzt.

## **6. Bildung**

Die Koalition unterstützt ausdrücklich Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Bildungs- und Erziehungsprozesse in Schulen und Kindertagesstätten, insbesondere sollen milieubedingte Benachteiligungen ausgeglichen werden, z.B. durch verstärkte Eigenverantwortung der Schulen, Verbesserung frühkindlicher Sprachförderung oder das Erlernen von Fremdsprachen in Grundschulen. Ein Modellprojekt „Kommunale Schulträgerlandschaft“ kann dafür ein geeignetes Instrument sein.

Für die Erarbeitung der neuen Schulnetzplanung garantiert die Koalition ein faires, transparentes und offenes Verfahren. Insbesondere sollen die Schulen selbst die Möglichkeit erhalten, ihre eigenen Vorstellungen und Konzeptionen in die Diskussion

einzubringen und entsprechende Mitwirkungs- und Anhörungsmöglichkeiten erhalten. Es werden keine Schulstandorte geschlossen.

Bei der Fortschreibung der Kitanetzplanung werden zusätzliche wohnort- bzw. arbeitsplatznahe Kitaplätze geschaffen.

## **7. Sport**

### ***a) Fußball-Stadion***

Der Stadtratsbeschluss zum Stadion gibt den Rahmen für die Verhandlungen insbesondere mit den darin festgehaltenen jährlichen Zuschüssen (inkl. deren teilweiser Zusammenfassung zur Einmalzahlung), der Stadionübergabe an den FCC und der Aufteilung der für ein Fußballstadion zusätzlich notwendigen Infrastrukturkosten (überwiegend FCC) vor. Im Ergebnis der Verhandlungen mit dem Land und mit dem FCC erfolgt eine Wiedervorlage und Bewertung dieses Themas auf obiger Grundlage.

### ***b) Sporthallen und Schulsport***

Der Umbau einer vorhandenen Sporthalle in eine Dreifelderhalle mit einer Zuschauerkapazität von 3.000 Plätzen hat Priorität.

Der Bau einer Lauf- und Mehrzweckhalle wird unter den vom Stadtrat beschlossenen Bedingungen umgesetzt.

Die Schulen in der Innenstadt erhalten zur Sicherung des ganzjährigen Schulsportes ausreichende Hallenkapazitäten.

## **8. Energie**

An den im Leitbild Energie festgeschriebenen Zielwerten wird festgehalten und das Energiekonzept mit konkreten Maßnahmen weiterentwickelt.

Mit Schott-Solar existiert ein wichtiger Hersteller von Solarzellen in Thüringen. Die Nutzung der Solartechnik steckt in Jena allerdings noch in den Kinderschuhen. Deshalb ist das 200-Dächer-Programm mit der Zielgruppe Eigenheimbesitzer der Stadt zu begrüßen. Zusätzlich soll für Dachflächen wie z.B. auf Industriebauten und Wohnblöcken ein Solaratlas erarbeitet werden, der potenziell geeignete Dachflächen erfasst und für interessierte Investoren zugänglich macht. So soll auch Bürgern ohne eigene Dachflächen die Möglichkeit gegeben werden, in diese Technik zu investieren.

Dem Thema Energieeffizienz bzw. -einsparung wurde, gerade im Bereich der Altbau-sanierung, bislang zu wenig Beachtung beigemessen. Als konkrete Maßnahmen erstellt die Stadt Jena eine Informationsplattform sowie eine Bauherrenmappe zur Energieberatung und gibt die Erstellung eines kommunalen Heizspiegels in Auftrag. Um die Markteinführung der in Jena entwickelten LED-Technik zu forcieren, beteiligt sich die Stadt Jena an dem ausgeschriebenen BMBF-Wettbewerb.

Die Koalition wird die Aktivitäten der Stadtwerke Jena-Pößneck bei ihren Bemühun-gen, sich von einem Energielieferanten zu einem Energiedienstleister zu entwickeln, unterstützen und fördern. Die Koalition strebt die teilweise Rekommunalisierung der Stadtwerke an. Diese bietet die Möglichkeit, die Bürger an den Stadtwerken zu beteiligen. Nach Möglichkeit sollen bis zu zehn Prozent Stadtwerkeanteile in Zukunft im Rahmen einer Bürgerbeteiligung (z.B. genossenschaftlich) organisiert werden.

Für die nächsten Stromausschreibungen wird das bisherige Verfahren fortge-schrieben; eine Erhöhung des Anteils Erneuerbare Energien angestrebt.

## **9. Mobilität**

### ***a) Carsharing***

Carsharing wird in Jena zu einem integralen Bestandteil des Verkehrsverbundes weiter entwickelt. Der Stadtratsbeschluss zum carsharing wird binnen eines Jahres umgesetzt. Für private Carsharing-Anbieter benennt die Stadt einen konkreten Ansprechpartner und bietet attraktive Stellflächen an.

### ***b) Verkehrsverbund***

Die Koalition verfolgt mit hoher Priorität das Ziel, den Verkehrsverbund Mittelthüringen zu einem wirksamen Instrument fortzuentwickeln, mit dem die Rolle des ÖPNV gestärkt wird.

Ein wichtiges Element sind hierbei attraktive Tarifstrukturen, die über die gesamte Fläche des Verbundes hinweg einheitlich entfernungsabhängig gestaltet sind (Zonierung). Die besonderen Bedürfnisse städtischer Tarifgebiete sollen berücksichtigt, Kurzstrecken-, Mehrfahrten- und Sozialtarife einheitlich angeboten werden.

Eine Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV-Angebotes in Jena soll durch eine bessere Verknüpfung mit dem motorisierten Individualverkehr (MIV) erreicht werden, indem an potenziellen Verknüpfungspunkten wie z.B. Endhaltestellen zusätzliche Stellplätze geschaffen werden.

Der Verkehrsverbund Mittelthüringen soll zu einem Zweckverband oder einer vergleichbaren Organisationsstruktur umgebaut werden: Die Gesellschafter, also die Städte und Landkreise treten darin den Verkehrsunternehmen als Auftraggeber gegenüber, die die Verkehrsleistungen als Auftragnehmer erfüllen.

### ***c) Radverkehr***

Die Koalition strebt die Erhöhung des Anteils des Radverkehrs am Modal Split auf 15 Prozent an.